
441/AB XXIII. GP

Eingelangt am 03.05.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Andreas Schieder, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. März 2007 unter der Nr. 492/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Aktionsplan für Maßnahmen gegen den Menschenhandel“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Anlässlich der Sitzung des Ministerrates am 28. März 2007 wurde der „Nationale Aktionsplan gegen den Menschenhandel“ beschlossen. Er sieht unter anderem die Schaffung von bedarfsorientierten Unterarbeitsgruppen der „Task Force Menschenhandel“, darunter auch einer operativen Unterarbeitsgruppe zum Thema Kinderhandel, vor. Die „Task Force Menschenhandel“ wird diese Unterarbeitsgruppe ehestens einrichten. Ihre Aufgabe wird sein, konkrete bedarfsorientierte Maßnahmen zur Unterstützung von Betroffenen des Kinderhandels zu identifizieren.

Im Rahmen der Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) werden Projekte gegen den Menschenhandel mit rund 4,8 Mio. Euro gefördert. Davon werden 1,080.000,- Euro für Projekte zum Kampf gegen den Kinderhandel in Bosnien-Herzegowina und Moldau (Euro 380.000,-) und Albanien (Euro 700.000,-) eingesetzt (Stand März 2007).

Zu den Fragen 2 bis 5:

Diese Fragen betreffen keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundes im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

Zu Frage 6:

Die internationale Kooperation ist ein wesentliches Element im Kampf gegen den Menschenhandel. Ich werde daher weiterhin sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene entschlossen gegen den Menschenhandel auftreten. Zugleich sind die Treffen der in meinem Ressort eingerichteten „Task Force Menschenhandel“ ein wichtiges Instrument, um in Österreich aktuelle internationale Entwicklungen verfolgen und, wenn notwendig, sofort darauf reagieren zu können.

Österreich ratifizierte 2006 als erster EU-Mitgliedstaat das Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels, welches den Opferschutz insofern weiterführt, als den Opfern des Menschenhandels besonderer Schutz und materielle Unterstützung gewährleistet werden muss, unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem etwaigen Strafverfahren gegen kriminelle Menschenhändler auszusagen oder nicht. Bisher wurde das Übereinkommen nur von Albanien, Georgien, Moldau, Slowakei und Rumänien ratifiziert. Für das Inkrafttreten ist aber die Ratifikation durch 10 Staaten erforderlich, wovon mindestens 8 Mitgliedstaaten des Europarats sein müssen. Ich werde mich daher in meinen Kontakten auf EU- und Europaratsebene darum bemühen, dass dieses Übereinkommen möglichst rasch die nötige Anzahl von Ratifikationen erhält, damit es in Kraft treten kann.

Die Unterstützung der Aktivitäten des in Wien eingerichteten Büros der Sonderbeauftragten der OSZE gegen den Menschenhandel und des Wiener Büros der Vereinten Nationen gegen Drogen und Verbrechen (UNODC) bei seinen Aktivitäten gegen den Menschenhandel sind mir ein besonderes Anliegen. Das UNODC hat eine "Global Initiative to Fight Human Trafficking" gestartet, als deren Höhepunkt eine internationale Konferenz in Wien von 27.-29. November 2007 geplant ist. Diese Initiative soll die Umsetzung des in Wien verhandelten Zusatzprotokolls zur Verhütung,

Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, unterstützen.

Im Vorjahr gelang es bei der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen, mit aktiver Mitarbeit Österreichs Resolutionen über die verbesserte Koordinierung der Bemühungen gegen den Menschenhandel und die Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels anzunehmen. Die von Belarus eingebrachte Resolution "Improving the coordination of efforts against trafficking", und die von den Philippinen vorgeschlagene - und von Österreich miteingebrachte - Resolution "Trafficking in Women and Girls" setzen auf ein stärkeres Engagement der Staaten im Kampf gegen den Menschenhandel und eine bessere Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft.